

# „Man muss die AfD mit der NSDAP von 1933 vergleichen“



Von **Jan Alexander Casper**  
Redakteur Innenpolitik

Veröffentlicht am 05.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Toni Schuberl (Grüne) spricht im Bayerischen Landtag

Quelle: picture alliance/dpa/Matthias Balk

Die Grünen wollen ein AfD-Verbot. Ihr bayerischer Abgeordneter Toni Schuberl hat Reden der AfD-Landtagsfraktion ausgewertet und eine Hunderte Seiten lange Materialsammlung vorgelegt – mit einem klaren Urteil. Was sagt die Rechtsaußen-Partei dazu?

Millionen Menschen sollen wegen ihrer Herkunft das Land verlassen, beschloss die Bayern-AfD auf ihrem Parteitag in Greding im November 2024. Der Beschlusstext schwankt zwischen „Heimkehr-Förderung“ und einem angeblichen Untergang der „autochthonen“, also über ihr Blut definierten Bevölkerung.

Was ist mit jenen, die dazu nicht gehören sollen? Explizite „Remigration“ deutscher Bürger fordert die Partei nach Passenzug bei „schweren Verstößen gegen das geltende Recht“. Sie sagt aber auch, ohne „legal“ zu definieren: „Legal erworbene“ Staatsbürgerschaft erkenne man „grundsätzlich“ an. Und an anderer Stelle ist die Rede von „Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit“, die verpflichtende „Rückkehrprogramme“ durchlaufen sollen.

Wen und wie „Remigration im Millionenbereich“ konkret treffen würde, könnte sich angesichts solcher Vagheit erst zeigen, falls die Partei einmal in Deutschland regieren sollte. Das gilt aktuell wegen der klaren Ablehnung von Koalitionen mit der AfD in den anderen Parteien als unmöglich.

SPD oder Grüne wollen ein AfD-Verbotsverfahren auf den Weg bringen. Ein Grünen-Politiker, Toni Schuberl, liefert dazu nun eine ausführliche Begründung – basierend auf Parlamentsreden der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Mit Mitarbeitern hat er deren Reden aus der vergangenen Legislatur (2018 bis 2023) ausgewertet. Das Ergebnis ist ein mehrere Hundert Seiten starkes Buch, [das er auf seiner Website zur Verfügung gestellt hat \(https://toni-schuberl.de/fileadmin/Speicherplatz/bayern/personen/toni-schuberl.de/Publikationen\\_Dateien/Aus\\_Worten\\_werden\\_Taten\\_digitale\\_Publikation\\_Okt.\\_2025.pdf\)](https://toni-schuberl.de/fileadmin/Speicherplatz/bayern/personen/toni-schuberl.de/Publikationen_Dateien/Aus_Worten_werden_Taten_digitale_Publikation_Okt._2025.pdf) .

„Aus Worten werden Taten“, lautet dessen Titel. Die darin gesammelten Zitate sollen als Beweise für ein Verbotsverfahren dienen. Im Gespräch mit WELT betont Schuberl – Jurist, Historiker und Landtagsabgeordnete der Grünen in Bayern –, es sei weniger für den Allgemeingebrauch als für den „Erkenntnisgewinn“ bestimmt: „Wir wollen sauber begründen können, warum wir die AfD-Fraktion als rechtsextrem bezeichnen.“ Zu diesem Zweck beinhalte das Buch nicht nur besonders „krasse“ Zitate, sondern arbeite sich alphabetisch und chronologisch durch die Plenar-Protokolle.

Die Kernthese: Zwischen AfD und „zumindest“ der frühen NSDAP existiere eine Wesensverwandtschaft, so Schuberl. Er fragt deshalb: „Sollte man die Bevölkerung entscheiden lassen, ob diese Partei die Macht bekommt in diesem Land oder nicht?“ Man dürfe nicht „nicht den Fehler machen, die AfD mit der NSDAP von 1943 zu vergleichen. Man muss sie mit der NSDAP von 1933 vergleichen. Es begann nicht Auschwitz, sondern mit Vertreibungsfantasien.“

Als Definitionsgrundlage dafür, was im Buch als rechtsextrem und verfassungsfeindlich gilt, hätten Schuberls Team und ihm die jüngere Verfassungsgericht-Rechtsprechung zur NPD gedient. Wichtig für die Aufnahme eines Zitats in die Sammlung sei, ob daraus auf einen ethnischen Volksbegriff mit der Absicht geschlossen werden könne, jene, die dieser Begriff nicht umfasst, zu diskriminieren.

„Zentral für ein solches Weltbild“, sagt Schuberl wiederum, sei die „Verschwörungserzählung des ‚Bevölkerungsaustauschs‘“. Hinter „Umvolkung“ steckt die Verschwörungserzählung, böswillige „Eliten“ ersetzen „ethnische“ Deutsche gezielt durch Ausländer. Die Reden der AfD-Abgeordneten, schreibt er im Buch, seien „durchdrungen vom Wahn, es finde ein bewusst gesteuerter Bevölkerungsaustausch durch eine geheime Elite statt, um das ursprüngliche deutsche Volk zu schwächen und beherrschbar zu machen“. Diese „Verschwörungslüge“ habe bereits der spätere NS-Diktator Adolf Hitler in „Mein Kampf“ formuliert. Die Remigrationsforderungen der AfD würden aus dieser Geisteshaltung heraus, schreibt Schuberl im Buch, zu einer Entrechtung Zugewanderter führen, die zwar deutsche Staatsbürger seien, von der AfD aber nicht als solche anerkannt würden.

Beispielhaft für solche „Umvolkung“-Rhetorik führt es unter anderem Reden der AfD-Fraktionschefin Katrin Ebner-Steiner an. Im Landtag sprach sie von einem „gigantischen Resettlement mit Entrechtung der Stammbevölkerung“ und davon, dass das „schöne Bayernland“ „Tag für Tag mehr sein Gesicht“ verliere. Es soll ihr zufolge in „eine multiethnische Besiedlungszone umgewandelt werden“.

Hitler habe direkter formuliert, insinuiert Schuberl, indem er folgendes „Mein Kampf“-Zitat an den Buchanfang stellt: „Juden waren es und sind es, die den Neger an den Rhein bringen, immer mit dem gleichen Hintergedanken und klaren Ziele, durch die dadurch zwangsläufig eintretende Bastardierung die ihnen verhaßte weiße Rasse zu zerstören.“

Die Grünen-Publikation argumentiert, anstelle solches offenen Antisemitismus und Rassismus nutze die AfD-Fraktion Codes – etwa wenn Ebner-Steiner von einer „einmaligen Koalition aus Roten, Grünen und Goldenen, sprich Kapitalisten“ spricht oder von „Globalisten“ und „Finanzeliten“. Im rechtsextremen Sprachgebrauch meint das häufig: Juden.



Fraktionschefin Katrin Ebner-Steiner spricht beim Politischen Aschermittwoch 2025 der AfD

Quelle: picture alliance/dpa/Karl-Josef Hildenbrand

Nicht jedes AfD-Zitat ist in diesem Sinne offenkundig codiert: Etwa beim AfD-Abgeordnete Oskar Atzinger, der so zitiert wird: „Kinder ohne oder mit nur geringen Deutsch-Kenntnissen behindern den Lernerfolg der einheimischen Schüler. Wie bei so vielen anderen Problemen in unserem Lande ist auch im Bildungswesen der Schlüssel zum Erfolg die Remigration.“

Solche Sätze bieten Interpretationsspielraum – etwa wenn man „Remigration“ ausschließlich als Ziel Abschiebung Illegaler und das Adjektiv „einheimisch“ als Begriff für alle Staatsbürger ohne Bezug zur Ethnie deutet. Dann lautete die Botschaft: Abschiebungen seien die Bedingungen für erfolgreiche Bildungspolitik. Populismus, aber kein Extremismus? Schuberl erwidert auf solche Kritik: „Solche Aussagen sind bewusst inkludiert, um zu zeigen, wie sich die rechtsextreme Gesinnung zuweilen in zunächst relativ harmlos klingende Worte verpackt zeigt.“

Atzinger, früher bei der rechtsextremen Kleinpartei Die Republikaner aktiv, wisse genau, was er tue. So gehe erstens aus „anderen Zitaten in der Sammlung geht klar hervor, dass er ein ethnisches Verständnis des deutschen Staatsvolks vertritt und Bürger unterschiedlich ‚bewertet‘ aufgrund der Nicht-Zugehörigkeit zu seinem Begriff des Staatsvolks“. Atzinger forderte im Plenum zum Beispiel, es sollten „mehr deutsche Kinder in Deutschland geboren werden“, um einer „Umvolkung“ entgegenzuwirken.

Zweitens, sagt Schuberl: „Atzinger könnte sich, genau wie seine Kollegen, wenn sie wollten, differenziert ausdrücken, um rechtsextreme Interpretationen auszuschließen.“ Der AfD-Politiker hätte zum Beispiel „bessere Integration, weniger irreguläre Zuwanderung fordern“ können, „um einen ja existierenden Missstand zu beheben“. Stattdessen fordere „er als ‚Lösung‘ Remigration, was im Fall seiner Partei die Vertreibung von Millionen Menschen meint, nur aufgrund von deren Ethnie. Schulkinder, die nicht gut Deutsch können, will man also pauschal vertreiben“, ungeachtet ihrer individuellen Rechte oder ihrer Staatsangehörigkeit, folgert Schuberl.

Die AfD lasse bewusst unscharf, „wen sie aus Deutschland vertreiben will.“ Straffällige Ausländer und Asylbewerber abschieben wolle auch er, betont der Grünen-Abgeordnete. Nur sei das „etwas völlig anderes, als von millionenfacher Remigration zu sprechen“.

## **Wie die AfD-Fraktion auf Schuberls Vorwürfe reagiert**

Die AfD-Fraktion äußert sich unbeeindruckt. Ebner-Steiner sagt WELT zum Thema „Globalisten“ und „Finanzeliten“, unter diesen Begriffen verstehe ihre Fraktion unter anderem „Interessenscluster und internationale Elitennetzwerke wie das World Economic Forum“. Oder auch internationale Großkonzerne, Fonds wie BlackRock. Und: Institutionen wie EU, WHO oder den Weltklimarat.

Zur Frage, wer ihrer Meinung nach eine „Umvolkung“ betreibe, sagt sie: „Die Anzahl der Deutschen ohne Migrationshintergrund nimmt und nahm insbesondere während der Kanzlerschaft Angela Merkels rapide ab, während die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend stark anstieg.“ Sie verwies dazu auch auf entsprechende Statistiken zur Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung.



Der bayerische Rechnungshof, so Ebner-Steiner zudem, werde „zu prüfen haben“, ob für das Buch „nicht Steuermittel gegen die geltenden Regeln zweckentfremdet“ worden seien. Sie kündigte auch sie an, „gegen justiziable falsche Tatsachenbehauptungen, Verleumdungen und üble Nachrede mit geeigneten Rechtsmitteln“ vorzugehen. Den „unhaltbaren Nazi-Vorwurf gegen die AfD“, sagt sie auch, glaube aber „ohnehin kein informierter Bürger mehr“.

Ihre Fraktion sei „fast geneigt, uns bei der Grünen-Fraktion für diese kostenlose Werbung zu bedanken“. „Inhaltlich“ sei an den gesammelten Aussagen „nichts auszusetzen: Sie zeigen vielmehr unser leidenschaftliches Engagement für Demokratie, Parlamentarismus, Sicherheit und Wohlergehen unserer bayerischen Bürger.“ Die „meist böartigen Kommentare“ der Grünen-Fraktion dagegen seien meist „getragen von Falschbehauptungen, Unterstellungen und maliziösen Fehlinterpretationen“.

***Jan Alexander Casper*** (<https://www.welt.de/autor/jan-alexander-casper/>) ***berichtet für WELT über die Grünen und gesellschaftspolitische Themen.***

